

drei Jahre im Ganzen. Im Vergleich zu den Mitgliefern ist die Leserzahl noch immer viel zu gering, obwohl sich unverkennbar eine aufsteigende Linie zeigt.

Wenn man weiß, daß Deutschland jährlich rund 50 Millionen Mark für Sekundärliteratur ausgibt, so ist als ganz sicher anzunehmen, daß mancher Groschen, manche Mark vor Gemeinde- und Staatsarbeitern unter diesen 50 Millionen sind.

Ein Nebel zieht eben immer das andere nach sich. „Auf Wunsch“ seiner Frau liest der stolze anstatt die Arbeiterpresse, wie es seine Pflicht wäre, den „Lokal-“ oder „Generalanzeiger“, die „Morgenpost“ und wie die gesinnungslosen profituarischen Annoncenblätter alle heißen. Die Frau liest also den „wanneuden“ Roman, der mit Gift, Dold und weiß, Gott was für widerwärtigen Sachen arbeitet und der gewissermaßen den Boden vorbereitet, auf den dann die berüchtigten Hintertreppenromane, Mid Carter, Eberhard Holmes und sonstigen Detektivgeschichten fröhlich gedeihen. Neben 5000 Geschäftsleuten sind über 30000 Stolporture mit der Ausbreitung dieses — man entschuldige den harten Ausdruck — literarischen Mühs beschäftigt.

Da kann wiederum die Arbeiterpresse mit ihrem durchgängig guten und bildenden Zeitschriften helfen. Gewiß, kommen in den gediegenen Romanen von Clara Viebig, Zola oder Gorki nicht so viele schmarozende Grafen und Prinzessinnen vor, oder wenigstens werden sie nicht verhimmelt, aber dafür bieten diese Autoren ein wirkliches Stück vom Leben, ein ergreifendes Stück vom Bergarbeiterleben, z. B. in Zolas „Germinal“.

Wer erst zur besseren Lektüre erzogen ist, der gewinnt auch wohl einmal ein Stündchen für ein gutes Buch. Hier können die Bibliotheken segensreich wirken. Nicht nur in Bezug auf die Unterhaltungslektüre! Wer sich in einen Gegenstand vertiefen will — sei es Geschichte, Kunst oder auch Gewerkschaftspraxis — der darf sich nicht an der Zeitungs- und Fachblattlektüre genügen sein lassen, sondern er muß an der Quelle trinken. Wenn man dem scheinbar einfachsten Problem in seinen Einzelheiten nachspürt an Hand theoretischer Darlegungen, da merkt man erst, was für Verwirrungen noch oftmals darin enthalten sind. Dann packt uns aber auch der Ehrgeiz, diesen Dingen auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis ist eine viel festere Basis, eine größere Einsicht, eine bessere Uebersicht der vorliegenden Materie.

Es bleibt noch die Frage offen: Wie soll man lesen? Gewiß, kommt es dabei auf den beabsichtigten Zweck, sowie auf die Art der Lektüre an. Zu seiner Unterhaltung liest man gewöhnlich schnell und oberflächlich. Anders, wenn man einen ersten Gegenstand in einem Buch oder auch nur in einer Broschüre behandelt findet. Dann muß man geistige Arbeit leisten! Man lese nicht zu schnell, wiederhole sich dasjenige, was schwer verständlich erscheint, überlese sich die Fremdwörter und mache sich schriftliche Auszüge von wichtigen Stellen. Diese Art zu lesen erfordert freilich etwas mehr Zeit, aber sie erst wirkt wahrhaft befruchtend und bildend.

So sehr in Gewerkschaftskreisen der Autoritätsdusel bekämpft werden muß, so wenig angebracht ist die Geringschätzung der Theorie und Scharspiele als „Mann der Praxis“. Leider hat die wirtschaftliche Entwicklung einen immer größeren Abzweig zwischen körperlicher und geistiger Arbeit aufgetan. Diejenigen unter uns, die so viele Jahre im kapitalistischen Dienst als Handarbeiter standen und sich trotz all der Erschwernisse zu geistiger Arbeit durchbringen konnten, wissen, was sie den Büchern danken! Wer aber glaubt, ein guter Vortrag oder ein instruktiver Artikel sei ein Kinderpiel, eine „Gabe“, dem tut das Lesen von aufklärenden Büchern doppelt not, denn er hat noch viel zu lernen!

Selbst in kleineren Orten sind die Gewerkschaftskartelle neuerdings bemüht, als eine Zentralbibliothek zu sorgen. In

größeren Orten werden die viel bequemerem Zitiertitel (solches zweckmäßiger sein. Ist der einzelne außerstande — und das trifft leider für die große Mehrzahl unserer Kollegen zu — sich selber eine Arbeiterbibliothek anzulegen, so soll er wenigstens die Bemühungen der Zitierten unterstützen und nach Möglichkeit Leser der für ihn unentgeltlichen Bibliothek werden.

Und wenn es zum Weihnachtsfest zu einer Extrafreude langt, so soll sie nicht in stambanjamelnden Rippen, in Alkoholika oder ähnlichem bestehen, sondern man lasse Mut und schenke ein gutes Buch! Die Parteibuchbandlungen geben ausführliche Kataloge über gute Bücher heraus und Verleger findet wohl ein jeder.

Ueber die Arbeiterfeste ist in neuerer Zeit viel geredet und geschrieben worden. Wir meinen natürlich nicht die ärgerlichen Bemerkungen der Besitzenden und ihrer Zeitungen, daß der Arbeiter „zu viel Feste“ feiere, denn diese unverschämten Menschenungen kehren schon seit Jahrzehnten von jener Seite wieder und können uns völlig kalt lassen. Nein, innerhalb der Arbeiterkassen selber mehren sich die Stimmen für eine würdige Ausgestaltung der Arbeiterfeste. Auch wir haben verschiedentlich dazu Stellung genommen und den notwendigen Ausbau dieser Veranstaltungen zu bildenden und agitatorischen Darbietungen betont. In der Tat besitzen wir in unseren gewerkschaftlichen Festen (Zitungsfest usw.) ein vorzügliches Agitationsmittel, das leider bei weitem noch nicht genügend gewürdigt wird. Zwar kennen wir einige große Zitierte, die vorzügliches leisten, aber dadurch wird das Programm solcher Feste noch viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt des bloßen Amüts gestellt.

Wir Arbeiter haben eine größere Verechtigung, Feste zu feiern wie irgendeine andere Gesellschaftsklasse. Wer oftmals monatlang tagaus, tagein, Sonntag und Wochentag tronen muß, wie zahlreiche unserer Kollegen, dem tut eine erhebende Feier, die ihn heraushebt aus dem Alltäglichen, doppelt not. Deswegen ist gerade das Feste auf genug und nicht irgendeine Nachabmung frivoler Bürgerlichen Vergnügens durch zünftige Couplets zweideutigen Inhalts und dergleichen. Es gibt so viel gesunden Humor in der neuen deutschen Literatur (wir erinnern an Ludwig Thomas), daß sich ein jeder einmal „ausschütten“ kann vor Lachen.

Mit anderen Worten: Unsere Feste müssen mehr den Charakter wirklicher Arbeiterfeste erhalten.

Eine kurze Festrede unter Hinweis auf unsere Bestrebungen sollte, wenn möglich, nicht fehlen, denn zu den Frauen unserer Mitgließer zu reden, bietet sich andererseits kaum Gelegenheit! Unter Umständen können auch ein oder zwei „Chortlieder“ die richtige Stimmung herbeiführen. Die Stimmung nämlich, die nicht durch Massenkonsum von Alkohol künstlich erzeugt wird, sondern die gehobene Festesstimmung, die ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl auslöst.

Die sozialdemokratische Partei hat an vielen Orten in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftskartellen einen Bildungsausschuß ins Leben gerufen, dem auch das Arrangement von Arbeiterfestlichkeiten zufällt. Deshalb können wir hier auf weitere Darlegungen verzichten und möchten nur wünschen, daß den Anregungen der Bildungsausschüsse überall Folge geleistet wird. Jedenfalls erwächst insbesondere unseren größeren Zitierten die Pflicht, Festveranstaltungen in den Dienst unserer Bewegung zu stellen.

Wir wissen sehr wohl, die Durchführung des vorstehend Gesagten geht in allen Einzelheiten nicht von heute auf morgen. Überall zeigen sich Widerstände und Hemmnisse und die schlimmsten wir wiederholen es sind die viel zu lange Arbeitszeit, sowie der den Gemeinde-

arbeiten durchweg noch gezahlte niedrige Lohn. Darum kämpfen wir seit Jahren fortgesetzt mit allen verfügbaren Mitteln um bessere Ausgestaltung unserer Arbeitsverhältnisse. Aber eine gewisse Weichwirkung ist doch nicht zu leugnen: Zwischen wir die Bildungsberebungen, die Seite vor unseren Tagen, so wird manche latente (schlummernde) Kraft geweckt werden zum Nutzen der ganzen Bewegung. Nicht mühsig abwarten und erklären: „Wir können nicht!“, sondern mutig anpacken und sagen: „Wir müssen!“ Ohne menschliche Initiative, ohne die feste Willenskraft, die sich über kleine und große, berechnete und unberechnete Einwürfe hinwegsetzt, ist nichts großes in der Welt geleistet worden!

Wir fordern viel, um viel geben zu können!

Wir sind am Schluß unserer Betrachtungen. Vieles ließe sich ergänzen. Aber das soll jeder einzelne in der Weiterbildung tüchtig machen selber durch die Praxis ergötzen. Werden im Grundfählichen wie im Kleinen die in diesen Artikeln niedergelegten Gedanken beherzigt, nicht man also in die Tat auszuführen, was hier theoretisch behandelt wurde, so dürfen wir auf weitere Erfolge in unserer Agitation rechnen.

Die Erfolge unserer Organisation, die namhaften Verbesserungen aller Art, an fast allen Orten, wo wir einwirken, sind oft genug nachgewiesen an dieser Stelle. Bedingung weiterer materieller Erfolge unserer Organisation ist die trätige Entwicklung unseres Verbandes. Das weiß wohl jedermann. Dazu ist aber eine fortgesetzte, immer aufs neue sich betätigende Agitation notwendig. So ergibt sich die immer wiederkehrende Reihenfolge: Agitation, Organisation, Erfolg!

Protest-Verfammlungen gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer.

Wir hatten in Nr. 18 bereits die zahlreichen Proteste gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer mitgeteilt, die von den verschiedensten Seiten erfolgten.

In fast allen Städten im ganzen Reich, namentlich aber die Gas- und Elektrizitätsarbeiter, haben sich überall, wo sie bisher zu der geplanten Erwerbssteuerveränderung Stellung nahmen, energig dagegen ausgesprochen.

In allen Versammlungen gelangte die nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Versammlung erhebt Protest gegen die geplante Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer.

Die Versammlung erklärt in der Bewirtlichung dieses Reichs eine höhere Erhebung der Gas- und Elektrizitätssteuer. Eine solche Steuer würde nicht allein eine bedeutende Preisverhöhung von Licht und Kraft, sondern auch der zu ihrer Bewirtlichung notwendigen Produkte zur Folge haben. Eine Einschränkung des Konsums und mit ihr der Produktion wäre unumgänglich. Mißnahmen aus diesen Betrieben würden ein die Konsumanten und produzierenden Arbeiter abgewälzt. Die Gas- und Elektrizitätsarbeiter trafe doppelter Nachteil, nämlich als Konsumanten und Produzenten.

Die Bekämpfung der Industrie wäre ein noch weiteres Spüren an Arbeitsstätten nach sich. Arbeiterentlassungen erfolgten in großem Maße wie sonst. Die Gas- und Elektrizitätsarbeiter würden also in ihrer Existenz erheblich beeinträchtigt. In ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen, die so schon ungünstig genug sind, können noch weitere Verschlechterungen zur Geltung kommen.

Es diesem Grunde protestieren die Gas- und Elektrizitätsarbeiter gegen die Einführung dieser Steuer und erwarten vom Bundesrat und Reichstag die Ablehnung resp. Zurückziehung des unzulässigen Gesetzesentwurfes.

Die Versammlung beantragte den Vorstand der Gemeinde und Staatsarbeiter, dem Bundesrat und Reichstag diese Resolution mit näherer Begründung zu überreichen.

Von den uns bis jetzt vorliegenden, zum Teil sehr ausführlichen Berichten geben wir nachstehend das wichtigste wieder:

Berlin. Die Protestversammlung fand in Meiners großem Saal am Freitagtag statt. Kollege A. Mohs referierte über die schädigende Wirkung der geplanten Steuer bezüglich unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In der Diskussion ergriffen die Kollegen Frenzlau und Mohaupt die trefflichen Ausführungen.

Preßlau. Stoll, Niedel-Berlin erläuterte am Sonntag, den 22. November, das kulturfeindliche der geplanten Steuer. Die Verträge rat abzulehnen schon in erschreckender Weise das Meer der Arbeitslosen anschwellen lassen. Bereits deutet die Auer Gesellschaft die Entlassung von 3000 bis 4000 Arbeitern an, falls die Steuer in Kraft tritt.

Danzig. Am 18. November, abends, wies Genosse Grünhagen in 12stündigen Ausführungen auf die Schädlichkeit der geplanten Lichtsteuer hin. Durch Einschränkung der Militär- und Marineausgaben könnte man an der richtigen Stelle sparen. Dem wurde einstimmig beigegeben.

Dresden. Am 21. November fand hier die Protestversammlung gegen die geplante Verdunkelungssteuer statt. Der Referent, Kollege Freyler, wies u. a. nach, daß Dresden rund 300000 Mark an neuer Steuer zu zahlen hätte, sollte der Antrag auf die Fäden des Volkes glücken. In der Debatte wurde besonders auf die erhöhte Notwendigkeit reger Organisationsarbeit hingewiesen.

Kreuzberg i. S. Am Sonntag, den 15. November, hielt hier Kollege Freyler das Referat in der Protestversammlung. In der Diskussion wurde außer der übrigen Resolutionen beschlossen, die bezahlte Einlage bezüglich Arbeitslosen und 1 Mt. Lohn zu wiederholen. Obwohl die Stadt feinerzeit Dresden bezahlte Zinsen gemacht, ist bis heute nichts geschehen.

Hamburg. Die inaktiven Ausführenden des Stollens Mohs Berlin am 25. November wurden von großem Beifall begrüßt.

Märk. In einmütiger Weise behandelte Genosse Zietlin den neuen Gesetzesentwurf am 18. November und wies die tiefsten Schädigungen im Falle der Einführung von Licht- und Gassteuer nach. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Rott, Mehrlein sowie der Besichtigende. Außer der einstimmigen Annahme vorstehender Resolution wurde beschlossen, auch die Parteizentralität zu erörtern, ihren Einfluß beim Senat gegen die Steuer zur Geltung zu bringen.

Magdeburg. Am 21. November referierte Kollege Strunk gegen die Vorlage. Per Annahme der Elektrizitäts- und Gassteuer würde eine noch intensiver Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft die Folge sein. Dazu können die besorgenden Kontrollen verhindern. Die Darlegungen des Referenten wurden mit großem Beifall akzeptiert.

Mannheim. Der Landtagsabgeordnete Pfeiffle referierte unter reger Zustimmung der Anwesenden über die Nachteile der Steuer am 21. November. Die Schuldlast des Reichs sei allerdings ungeheuerlich. Aber man möge sich bezüglich der Maßnahmen einschränken. Die Vorlage überbreite alles Zugewinnende und müsse energig bekämpft werden. Mannheim hat bare mit Hilfe der Annahme gegen 100000 Mt. Steuer zu zahlen. Das wurde dann wieder auf die breiten Massen abgewälzt werden.

Mühlhausen i. G. Eine gut besuchte Protestversammlung fand am 25. November statt. Kollege Würtel-Strangung hob in 12stündigen Ausführungen das kulturfeindliche der geplanten Steuer hervor. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gas- und Elektrizitätsarbeiter seien ebenfalls dringend verbesserungsbedürftig. Zinsen auch in Maßhalten die Kollegen tramm organisiert, so müsse doch noch viel geschehen, um solchen Angriffen energig Abwehr zu leisten.

Müncheberg. Die am 19. November tagende Protestversammlung stimmte den trefflichen Ausführungen des Referenten, Landtagsabgeordneten Simon, voll und ganz bei. Die Nachteile der geplanten Steuer für die arbeitende Industrie, insbesondere aber für die Stadtgemeinden, seien so offensichtlich, daß der Schaden gar nicht zu übersehen sei. In der Diskussion sprach noch Genosse Dr. Zuchheim für rege Teilnahme an den Gemeindevorständen.

Pforzheim. Am 21. November nahm eine gut besuchte Versammlung Stellung gegen die vorstehende Gas- und Elektrizitätssteuer. Kollege Härtel-Stuttgart leitete die Debatte für die Arbeiter bei etwaiger Einführung in einmütiger Rede auszuführen. Dem wurde einstimmig beigegeben.

Stettin. In der Protestversammlung am 20. November referierte Genosse Berlin über die Schäden für die Gas- und Elektrizitätsarbeiter bei Einführung der geplanten Steuer. Kollege Adler deutete je müsse deshalb jeder für unsere Organisation Propaganda machen.

Stettin. Eine gut besuchte Versammlung fand am 20. November, um gegen die anberuhten Folgen einer Licht- und Kraftsteuer Stellung zu nehmen. Kollege Aktwiler führte treffend aus: Das Gros der geplanten Steuer trifft wieder die kleinen, die abnehmen unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu sein haben. Stuttgart werde bei Einführung der Steuer circa 250000 Mt. oder 10 Proz. vom ganzen Ueberfluß zu zahlen haben. Das wurde hernach wieder einstimmig beigegeben. So müßten die Arbeiter die Suppe glücklicherweise auslöscheln. Hier gegen Avant zu machen, sei Pflicht aller Kollegen. Durch einstimmige Annahme der vorliegenden Resolution wurde auch hier dem Redner einmütig beigegeben.

2. bei der Bemessung neuer Strafen soll im allgemeinen auf Strafen, die ein halbes Jahr zurückliegen, nicht mehr zurückgegriffen werden."

Endlich soll das Strafverzeichnis der „Sozialpolitischen Deputation“ vorgelegt werden.

Es wird jedenfalls auf die sinnentsprechende Handhabung dieser Bestimmungen ankommen, ob sie wirklich einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Strafwesen bedeuten. Ohne einen gesunden Widerstand der Arbeiter gegen die absolutistisch-verfälschte Bureaukratie in den Verwaltungsstuben wird es jedenfalls so ziemlich beim alten bleiben.

Um eine objektivere Untersuchung der Beschwerden der Arbeiter zu gewährleisten, schlugen wir die Bildung einer Beschwervere-Kommission vor, die sich aus Vertretern der Betriebsverwaltungen und der Arbeiter unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zusammensetzen und nicht etwa beschließenden, sondern begutachtenden Charakter tragen sollte. Dieser Einrichtung, die gesunde konstitutionelle Verhältnisse herbeiführen soll, die die Heranziehung der Arbeiter zur Mitarbeit an der Veranschaulichung des städtischen Arbeiterbewusstseins anstrebt, kann die Verwaltung natürlich nicht das Wort reden. Die Veranschaulichung der Arbeiter erscheint ihr nur denkbar unter der Formel „Autorität“. Nach Herrn Polizeiobersten Fuchs, welcher die Verhandlungen der sozialpolitischen Deputation und der engeren Kommission leitete, führen solche Maßnahmen zur Desorganisation, zur „Beschwerdefabrik“. Doch der Notwendigkeit, eine größere Objektivität zu gewährleisten, konnte sich auch die Verwaltung nicht entziehen. Der auf das Beschwerdewesen Bezug habende § 12 schaltet die Organe zwischen Arbeiter und Direktor aus, die Beschwerden gehen nun direkt an den letzteren. Haben wir somit unseren Antrag auf Einsetzung einer paritätischen Beschwerdekommision nicht durchsetzen können, so ist doch wenigstens erreicht, daß dem Aufsichtspersonal bis zum Herrn Inspektor hinauf eine wirksame Waffe, die Arbeiter zu drangsalieren und schikimieren, aus der Hand gewonnen ist.

In Parenthese sei noch der Bemerkung des Herrn Polizeiobersten Dr. Fuchs gedacht, daß „so manche Beschwerde einem Mißverständnis und dem ersten Aufwallen entspringt und unterbleiben würde, wenn die Betreffenden darüber nachgedacht hätten“. So liegen die Dinge nicht. Der Beschwerden sind es noch viel zu wenig. Würden die Arbeiter sich gegen jeden Uebelgriff, gegen jede schändliche Maßnahme beschweren, dann würden die Arbeiterbeschwerden die Meldungen der Vorgesetzten gegen die Arbeiter weit überwiegen. Und diese Meldungen sind gewiß nicht gering bemessen. Wie erinnern nur an den Laternenwärter, der an einem Tage von seinem Aufseher dreimal gemeldet wurde, und diese Meldungen im verschlossenen Mauerloch nach auf Geheiß des Aufsehers zur Direktion trugen mußte. Ob sich der Laternenwärter über die Dreifachigkeit seines Aufsehers beschwert hat, der ihn in seiner freien Zeit in solcher Weise mißbraucht, erscheint uns sehr fraglich. Er hat es über sich ergehen lassen, wie Hunderte vor und nach ihm. Der nicht zum gesunden Widerstand „aufgehobte“ Durchschnittsarbeiter hat eben noch weniger Vertrauen zu der Justitia des gestrengen Herrn Direktors, als der organisierte rückgratsechte Kollege.

Der Magdeburger Magistrat als Arbeitgeber.

In den einzelnen Verwaltungszweigen der städtischen Betriebe führen Reueinstellungen und Entlassungen von Arbeitern in gewissen Zeitabständen regelmäßig wieder. Vieles kann konstatiert werden, daß der eine Betrieb überschüssige Arbeitskräfte abschiebt, während der andere neue Arbeiter einstellt. Man liegt doch wirklich nichts näher, als daß man versuche, diese Fluktuation in den einzelnen Betrieben in einem gewissen Verhältnis zu bringen, damit den ohnehin bedeutend schlechter gestellten Arbeitern der städtischen Betriebe, gegenüber der Privatindustrie, weiter: Arbeitsgelegenheit geboten würde. Eben wie einmal von den Gelehrten oder Unlizenzierten ab und nehmen wir ungelernete Arbeiter. Die Bau- und Erdarbeiten beim Privatunternehmer haben sich durch Tarifabschluss einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1,5 Pf. erkungen. Beim Magistrat aber wird in verblüffend wenigen Fällen mehr wie 30 Pf. bezahlt! Der einem stündlichen Lohnausfall von 10 bis 13 Pf. alauben die Verunglückten diesen durch eine ständige Verdienstmöglichkeit innerhalb der städtischen Betriebe wieder wettzumachen. Doch hat man sich in der Regel darnach gekümmert. Der Magistrat nimmt wohl die billigeren Arbeiter, doch keineswegs die Verpflichtung einer ständigen Beschäftigung. Dabei sind zu Beginn des Jahres und des Winters größere Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung. Bei der Garten- und

Partverwaltung und auf den Friedhöfen folgen aber noch solche am Sonnabend vor dem Totenfest und kurz vor Weihnachten, das in Volksmunde als „Fest der Liebe“ bezeichnet wird. Während der Feiertage kann der davon Betroffene mit murrendem Magen elegische Vergleiche über die christliche Nächstenliebe, den Frieden auf Erden und so weiter anstellen.

Es entzieht die Frage: Ruß dies so sein? Oder gibt es andere Mittel als die der Armenunterstützung? Besteht nicht die Möglichkeit, dieses herein und heraus aus den einzelnen Betrieben in geregelte Bahnen zu lenken? Hat sich der Magistrat schon mit dieser Frage einmal beschäftigt? Die Antwort auf diese Fragen ist ganz leicht dahinaehend zusammenzufassen: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Es liegt lediglich an dem guten Willen des Magistrats. Von den Arbeitern ist zu Beginn des vergangenen Winters der Antrag dem Magistrat auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises unter der Mitverwaltung der Arbeiter gestellt worden. Die Stadtverwaltung hält aber die Errichtung eines derartigen Arbeitsamtes weder für notwendig noch für zweckentsprechend, da bereits in dem städtischen Nachweis die geeignete Vermittlungsstelle geschaffen sei. Wir gestatten uns hierbei die Anfrage, wieviel Stellen hat dieser Nachweis in der Peterstraße von den circa 1200 im städtischen Dienst Stehenden vermittelt? Wir wissen im voraus, daß diese Auskunft zu der vorgebrachten Gründen der Stadtverwaltung im strikten Gegensatz stehen wird. Nur zu bekannt ist bei Reueinstellungen der Gang durch die Pfortenstraße.

Es liegt aber durchaus im Ansehen der Stadtverwaltung, daß eine derartige Vermittlungsstelle für städtische Arbeiter geschaffen wird. In einer Stadtverwaltung kann der Grundsatz nicht maßgebend sein, recht billige Arbeitskräfte zu erhalten, um sie wieder bei eintretendem Arbeitsmangel auf die Straße zu setzen. Vielmehr müßte das Bestreben vorherrschen, mühselige Verhältnisse in ihren Betrieben zu schaffen, damit die Industrie gezwungen wäre, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Daß es leider nicht so ist, wird jeder, der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, bestätigen müssen.

Da nun allerorts die Krise einsetzt und dadurch viele arbeitswillige Hände brachgelegt werden, so kann der Magistrat neben der Erledigung der oben näher angedeuteten Frage noch ein übriges tun, indem er der bereits spruchreifen Frage der Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht in den kontinuierlichen Betrieben nähertritt. Ebenso kann durch Abschaffung des Leberstundensystems, wie es leider in einigen Betrieben, z. B. bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, des Elektrizitätswerks usw. in hoher Blüte steht, ein Wandel zum Verrichten herbeigeführt werden. Es können dafür neue Arbeitskräfte eingestellt werden, was zur Verminderung des Heeres der Arbeitslosen etwas beitragen würde.

Wenn es auch in erster Linie Aufgabe einer Stadtverwaltung sein muß, in Zeiten der wirtschaftlichen Depression für reichliche Arbeitsgelegenheit der arbeitslosen Bevölkerung zu sorgen, so muß doch gesagt werden, daß die dafür ausgeworfenen Mittel in der Regel völlig ungenügend sind. Dies trifft auch auf Magdeburg zu. Doch möge dem sein wie ihm wolle, es muß jedem, der die Versicherungen, daß man bestrebt ist, die Schäden der Krise nach besten Kräften zu mildern, als ein Vermutungsstropfen im Freudenbecher erscheinen, wenn man auf der anderen Seite die Praktiken der Kommune als Arbeitgeber zur Genüge kennt. Die Entlassungen größeren Stils, besonders bei der Gartenverwaltung auf dem Kotehorn, werden bei Erörterung der Frage der Notstandsarbeiten auch diese Zweifel nicht beseitigt haben. Am städtischen Hofen hat man gleichfalls Arbeiter entlassen, was bei dieser Verwaltung noch um so eigentümlicher auffallen muß, da man dort abweichend dem Akkordsystem dem Tagelohn gegenüber den Vorzug gibt. Der überall geltenden Ansicht, daß Akkordarbeit Vordarbeit ist, möge sich auch dieser städtische Verwaltungszweig nicht verschließen.

Ein weiteres Mittel, die Arbeitslosigkeit in Magdeburg wirksam zu bekämpfen, ist in dem sogenannten Genter System gegeben. Alle Zweifel an der sozialen Einsicht des hiesigen Magistrats würden schwinden, wenn er sich dazu aufschwingen würde und an die Arbeiterberufsvereine, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, einen Zuschuß in der Höhe von 50 Proz. dieser Unterstützung gewähren würde. Es wäre zu wünschen, wenn sich der Magistrat entschließen könnte, einen Schritt auf diesem angedeuteten Wege zu geben, um damit auch gleichzeitig sein Ansehen als Arbeitgeber zu erhöhen.

Mitgliedschaften im 3. Quartal 1908. (1. Juli bis 30. Septb. 1908.)

Ausgaben											Auf Kosten der Hauptkasse wurden gezahlt					Kampagne Nr.
Ver- haltung	Agri- kulation	Arbeits- losen Unter- stützung	Kranke- n Unter- stützung	Sonstige Unter- stützung	Statt- u. Sefre- lativats- beiträge	Stüt- zungs- mittel	Sonstige Aus- gaben	In die Hauptkasse geandt	Gumme der Ausgaben	Reicht- ums- Umlauf- Geld	Streit- Unter- stützung	Gemah- rechteten Unter- stützung	Arbeits- losen Unter- stützung	Kranke- n Unter- stützung	Stierke Unter- stützung	
12 70					1 50			26 67	41 83		1 72					1
8 25						1 80		198 38	121 98		2 78					2
37 68					10 90			103 21	103 21		45 23					3
67 29					21 40			117 95	150		56 23					4
92 06					24 90			213 59	293 18		56 23					5
28 31					35 06			219 69	330 18		101 96					6
570 35	1181 35	111 02			35 06			492 25	648 41		218 87	161 50				7
20 33					35 06			256 82	330 21		256 82					8
8 40					35 06			1 98	18							9
72 22					35 06			172 88	172 88		419 10					10
22 52					35 06			221 50	316 55		153 11					11
51 51					35 06			71 51	79 51		25 41					12
147 12					35 06			250 17	298 89		218 22					13
5 65					35 06			154 73	244 58		86 23					14
11 19					35 06			942 75	1361 53		585 27	19 85				15
4 80					35 06			195 33	281 92		229 23	102 31				16
1935 22	101 29				35 06			13 25	198 45		322 23	51				17
35 61					35 06			156 21	206 10							18
19 81					35 06			140 97	212 92		389 58					19
32 22					35 06			71 92	96 02							20
30 75					35 06			94 06	118 62							21
46 10					35 06			14 96	19 76							22
9 65					35 06			4407 90	7945 35		7487 62					23
12 83					35 06			55	55 29							24
4 32					35 06			401 02	616 25		131 23					25
2 91					35 06			13 45	20 79		14 41					26
8 85					35 06			285 35	311 14		150 47					27
11 90					35 06			345 6	443 33		184 12					28
59 29					35 06			225 89	408 80		613 57					29
11 62					35 06			175 66	256 16		94 66					30
8 25					35 06			62 50	61 85		12 26					31
12 62					35 06			97 65	113 48		122 05					32
14 01					35 06			62 32	72 08		89 69					33
38 51					35 06			41 76	62 03		62 03					34
13 60					35 06			119 99	119 99		117 16					35
28 10					35 06			37	37 20		33 20					36
106 50					35 06			396 45	450 65		577 68					37
5615 43	254 15	245 51			35 06			86 11	96 83		41 30					38
17 55					35 06			100 35	140 61		64 64					39
97 85					35 06			535 88	717 50		489 59					40
96 29					35 06			136 92	177 14		78 21					41
21 10					35 06			189 10	113 61		92 83					42
127 62					35 06			49 88	58 18		58 18					43
327 15					35 06			158 61	227 62		180 19					44
390 11					35 06			89 68	113 28		282 70					45
4 00					35 06			134 54	189 16		101 80					46
1048 53	4 65	1 50			35 06			568 62	752 82		131 51	161 50				47
2 10					35 06			13214 63	22201 63		27201 63	672 65				48
296 42					35 06			125 98	205 11		174					49
48 49					35 06			610 45	770 73		479 21					50
301 05					35 06			567 11	630 16		487 57					51
248 91					35 06			477 17	625 62		304 63					52
630 05					35 06			189 07	225 97		118 58					53
					35 06			611 05	847 78		375 83					54
					35 06			149 51	203 24		221 94					55
					35 06			182 50	224 25		386 88					56
					35 06			46 70	61 40		16 78					57
					35 06			2703 98	3859 51		1430 15					58
					35 06			7 35	10 05		3 80					59
					35 06			682 01	1101 93		419 10					60
					35 06			343 73	497 10		279 65					61
					35 06			1988 67	2968 71		1074 85					62
					35 06			1117 92	1468 33		578 83					63
					35 06			3271 85	4289 39		1949 25					64
					35 06			31 97	39 82		7 22					65
					35 06			61 61	71 36		44 82					66
					35 06			71 55	1388 04		577 26	1943 28	141 75			67
					35 06			40 19	67 49		10 72					68
					35 06			5227 81	8133 11		2726 91					69
					35 06			342 17	409 81		157 11					70
					35 06			88 35	106 45		70 01					71
					35 06			1381 59	1822 59		988 89					72
					35 06			288 71	472		108 14					73
					35 06			32 04	41 43		28 75					74
					35 06			63 11	83 40		139 82					75
					35 06			294 14	346 02		286 04					76
					35 06			20 48	29 47		11 76					77
					35 06			25 46	30 56		3 43					78
					35 06			4153	63 44		1321					79
					35 06			219 12	280 24		196 63					80
					35 06			74 73	87 34		16 39					81
					35 06			60 95	83 03		61 23					82
					35 06			134 50	170 35		145 03					83
					35 06			67 74	85 39		65 03					84
					35 06			7 85	11		4 54					85
					35 06			103 59	121 45		136 89					86
					35 06			104 19	111 61		285 39					87
					35 06			135 78	198 23		187 94					88
					35 06			3492 16	5386 54		3968 14					89
					35 06			237 03	319 23		174 44					90
					35 06			119 93	128 06		23 29					91
					35 06			190 56	190 56		48 4					92
					35 06			154 13	890 45		671 25					93
					35 06			11 72	11 72		4 8					94
					35 06			13 29	13 29		117 94					95
					35 06			22 50	22 50		153 14					96
					35 06			262 11	334 48		153 14					97
					35 06			89 51	110 13		11 01					98
					35 06			929 29	929 29		17 55					99
2948 5	3445 91	471 21	298 21	389 84	3100 29	386 91	1227 62	8141 18	12176 13	8759 09	1231 73	970 66	1045 84	10396 15	4800	100

Inhalte: Kassenrechnung, 27 Mitglieder zur neu errichteten Kasse Auszahlung über. Die Kasse keine Kassenrechnung ein

Zur Wahl der Krankenkassenvertreter der Berliner Straßenreinigung.

Das „Korrespondenzblatt“ des Dirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins bemüht sich in der Novembernummer, die Agitation, die der Verein zur Wahl der Generalversammlungsvorsteher entfaltet, als eine stille und würdige zu feiern. Das sieht man wie folgt aus. Zuerst hält man es für würdig, die Verbandsvertreter zum saubersovietischen Mal als „sozialdemokratisch“ bei der Direktion zu denunzieren. Warum denen gegenüber nur Ortsvereinsvertreter in die Generalversammlung gewählt werden sollen, bleibt ein Geheimnis.

Man schreibt: „Wir brauchen zu den Wahlen nicht erst herauszubohlen, was auf unserem Programm steht.“ Wenn für „brauchen“ das Wörtchen „sollen“ geschrieben wäre, so würde das der Wahrheit eher gerecht werden. Aber so etwas wie eine programmatistische Neuherung des „Korrespondenzblatts“ wollen wir hier doch zur Kenntnis bringen. Im Oktober 1906 schrieb man dort: „In den Betriebskrankenkassen wirken Unternehmer und Arbeiter auf einem neutralen Boden zusammen; sie suchen gemeinsam das Wohl der Arbeiter zu fördern. Bei dieser Tätigkeit treten sich Arbeiter und Unternehmer menschlich näher. Die Arbeiter sehen, daß ihnen von seiten der Unternehmer Verständnis für ihre Lage und Verhältnisse entgegengebracht wird und auch das ernste Bestreben besteht, zu helfen und zu fördern.“ Bei solcher Lobhudelei auf das Unternehmertum müssen ja die Gelben sogar vor Neid noch gelber werden. Und die zu übertrafen — das will was sagen! Unseren Berufscollegen aber überlassen wir die Verantwortung der Frage, ob das vom „Korrespondenzblatt“ gespendete Lob etwa im besonderen auf die Direktion der Straßenreinigung zutrifft. Wer das glauben sollte, den wollen wir heute daran erinnern, daß im vorigen Jahre die Direktion mit samt einem Teil der Ortsvereinsvertreter unseren Antrag auf Gewährung eines Sterbegeldes für Frau und Kinder der Mitglieder abgelehnt hat. So sieht das „ernste Streben, zu helfen und zu fördern“, aus.

Wenn dann in dem zuerst angezogenen Artikel geschrieben steht, „wir brauchen nicht auf das hinzuweisen, was wir gelernt haben“, so ist das eine faule Ausrede und eine Verschleiierung der Tatsache, daß man der Direktion zuliebe im vorigen Jahre unsere Anträge abgelehnt hat. Oder schämt man sich endlich doch einmal, eingestehen zu müssen, daß die durch die ganzen Jahre am Ruder gewesene Ortsvereinsmajorität der Generalversammlung so rein gar nichts aufzuweisen hat, was sie im Interesse der Kollegen geleistet hätte? Das bedeuete Schweigen auf jener Seite läßt darauf schließen. Die gegenteilige Behauptung im „Korrespondenzblatt“ ist wertlos und trägt den Stempel arger Verlogenheit an der Stirn. So muß es aber kommen, wenn man sich auf die Seiten und Seiten legt; denn — das mußte schließlich auch ein Dirsch-Dundersches Sun kapieren — die Direktion ist berufen, die Arbeiterninteressen wahrzunehmen. Wie wenig dabei an die Arbeiter gedacht wird, beweist doch zur Genüge die Lebensweg, den gerade die Berliner Straßenreiner in ihrem Kampfe um die Verbesserung ihrer Lage durchmachen mußten.

Statt darüber nachzudenken, denunziert man „stills und würdig“ darauf los. Wo — fragen wir — hat denn ein Verbandskollege bei der vorjährigen Wahl durch Drohungen einen Ortsvereiner gezwungen, für Verbandskandidaten zu stimmen? Daraus mit bestimmten Angaben! Wir sind begierig auf den Wahrheitsbeweis. Hebräens sind auch hier wie überall im Dirsch-Dunderschen Verleumdungsfeldzuge gegen die modernen Gewerkschaften die weinlichen Klagen über angeblichen Terror der letzteren heitere Hundstuden. Die Herrschaften vom Ortsverein wissen sehr genau, mit wie strapalosen Mitteln in so mancher Abteilung neu eintretende Arbeiter in ihre Gefolgschaft gezwungen werden — umsonst hält man doch nicht die Freundschaft mit den „Korrespondenten“. Ein solcher dem Verbands betretener neuer Arbeiter wartet dann vergeblich auf feste Anstellung aus „Zufall“ natürlich mit. Und diese Soldaten verglichen Mrofolbitränen über Terrorismus der Verbandskollegen?! Das durchdringende Spiel durchzudenken denn auch bald viele Ortsvereinsmitglieder, und so mancher stimmt bei geheimen Wahlen für die Verbandskandidaten!

Ein Ortsvereinskollege erwidert das Konzept zu verderben, muß Aufjabs jedes Nachjagen sein, der es ernst meint mit gewerkschaftlicher Promoterarbeit. Kritiker über Kritiker, die nichts besser wissen, als dem arbeitgeber Vorklüber zu singen, müssen in den Latus herabzeit werden. Daran muß jeder ohne Maß und Bluh mitarbeiten. Darum wählt unsere Verbandskandidaten!

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

I.

1. Unfallgefahr und Unfallversicherung.

Wer die statistischen Berichte des Reichsversicherungsamts verfolgt, findet, wie sich die Zahl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Betriebsunfälle Jahr für Jahr mit unbeimlicher Regelmäßigkeit sowohl relativ wie absolut steigert. Lange Zeit hat man versucht, diese Zunahme auf die wachsende Vertrautheit der Versicherten mit den unfallgesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen, die sie veranlassen sollte, auch die kleinsten und harmlosesten Unfälle anzuzeigen. Allein diese Erklärung ließ sich nicht aufrechterhalten. Die Zahl der Unfälle stieg weiter und nicht nur der leichten, sondern auch der schweren Unfälle, was nicht der Fall hätte sein können, wenn jene Erklärung richtig gewesen wäre. Auch eine andere Erklärung, die auf die Annahme einer durch die Unfallversicherung geförderten Leichtigkeit der Arbeiter gegenüber den Unfallgefahren der modernen gewerblichen Betriebe hinauslief, mußte fallen gelassen werden, weil sie den Verhältnissen nicht entsprach. Es ist doch auch geradezu lächerlich, von den Arbeitern anzunehmen, daß sie wegen der Aussicht auf eine in jeder Beziehung unzureichende Unfallentschädigung Leben und Gesundheit leichtsinnig aufs Spiel setzen. Man hat sich denn schließlich dazu bequemen müssen, die unangenehme Tatsache anzuerkennen, daß die Ursache der zunehmenden Unfallhäufigkeit in der ständig wachsenden Intensität der modernen Produktionsweise, der steigenden Verwendung arbeitssparender Maschinen und der nicht genügenden Berücksichtigung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zu suchen ist.

Das Jahr 1907 hat gegenüber seinen Vorgängern keine Abänderung gebracht, sondern ebenfalls mit einer erhöhten Unfallziffer abgeschlossen. Nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichsversicherungsamts gelangten bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats- und sonstigen Ausführungsbehörden 663 053 Unfälle zur Anmeldung, wovon 144 410 eine Entschädigungsfestsetzung erforderten. Einschließlich der neu hinzukommenden Unfälle wurden im Jahre 1907 Entschädigungen gezahlt an 887 921 Verletzte, 77 807 Witwen, 106 712 Kinder und Enkel und 4125 Verwandte der aufsteigenden Linie, also Eltern und Großeltern. Daneben erblickten noch 17 504 Ehefrauen bzw. Ehemänner, 32 541 Kinder und Enkel und 261 Verwandte der aufsteigenden Linie als Angehörige von in Heilanstalten untergebrachten Verletzten die gesetzlichen Unterhaltungen, so daß insgesamt 1 224 874 Unterstützungsberechtigte Personen anfielen.

Die Unterstützungsleistungen werden bei der Unfallversicherung bekanntlich nicht so leicht gewährt, sondern bedarf es oft eines schwierigen harten Kampfes, ehe der Verletzte oder seine Angehörigen dazu gelangen. Das ergeben auch die von den Berufsgenossenschaften erlassenen 417 057 Berufungsfähigen Weisende, wogegen in 70 957 Fällen Berufung zum Schiedsgericht erhoben wurde. Daneben laufen noch 21 650 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 (A. N. G.) und der entsprechenden Bestimmungen der übrigen Unfallgesetze, welche eine anderweitige Entschädigungsfestsetzung wegen eingetretener wesentlicher Veränderungen der Unfallfolgen bezwecken. Das Reichsversicherungsamt hatte sich mit 10 604 Rekursen zu beschäftigen, gegen 19 634 im Vorjahre. Es liegt somit für 1907 ein geringes Zurückgehen der Rekursbäufigkeit vor, was nach der sonst zu beobachtenden ständigen starken Zunahme etwas auffällig ist. Relativ ist zwar schon seit Jahren eine Abnahme der Rekursbäufigkeit zu bemerken gewesen. Diese Abnahme trat jedoch vor der absoluten Zunahme der Rekursfälle derart in den Hintergrund, daß man in den maßgebenden Kreisen ernsthaft die Frage erregt, auf welche Weise durch eine Änderung des Verfahrens dieser Steigerung ein Ende gemacht werden konnte. Von den anhängigen Berufungen wurden 18 595 gleich 20,47 Proz. zugunsten der Verletzten, 62 782 gleich 69,12 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften, von den Rekursen 2112 gleich 19 Proz. zugunsten der Verletzten, 2168 gleich 52 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften, die übrigen durch Behätigung der angebotenen Schiedsgerichts urteile bzw. durch Zurückverweisung an das Schiedsgericht oder den Versicherungsträger entschieden.

Bei solcher Sachlage ist es wohl begreiflich, wenn in den Verhältnissen der Arbeitersekretariate die Unfallversicherung an erster Stelle steht und die meisten Auszustudierenden aufweist. Im Jahre 1907 verzeichnen die Jahresberichter der von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei errichteten Arbeitersekretariate insgesamt 119 832 erkrankende Personen, denen in 47 361 Fällen Auskunft erteilt wurde, wovon 79 211

gleich 17,3 Proz. auf die Unfallversicherung entfallen. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich auch in bezug auf die Unterbringung von Schiffsjungen, von deren Gesamtzahl nur 105.015 nicht weniger wie 27.251 gleich 25,7 Proz. die Unfallversicherung betrafen.

Diese Zahlen sprechen eine beredete Sprache. Sie allein machen schon erkennbar, welche Kämpfe sich zwischen den Verletzten und den Trägern der Unfallversicherung abspielen. Nicht aber lassen sie erkennen, welche Ursache von Not, Elend, Sorge und Verzweiflung dahinter sich verbergen. Deutlicher geht das aber aus den Berichten der Arbeitersekretariate hervor, wenn man dort das Kapitel „Unfallversicherung“ einer Durchsicht unterzieht.

Auf den 21. Berufsgenossenschaftstag in Mannheim wurden die Vertretungen der Unfallversicherung und der Berufsgenossenschaft von dem gegenwärtigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Maufmann, in überdeutlicher Weise geleitet. Er sagte unter anderem:

„Wenn es gelungen ist, die Arbeiterversicherung in dem humanen Geiste ihres erlauchten Schöpfers durchzuführen, so ist das in erster Linie der opferwilligen und selbstlosen Tätigkeit der ehrenamtlichen Organe der Berufsgenossenschaften zu danken. . . Ich freue mich, heute feststellen zu können, daß nach meinen Beobachtungen die Berufsgenossenschaften ihrer Aufgabe durchweg glänzend gelöst haben. Manche Berufsgenossenschaften haben auf dem Gebiete der Unfallversicherung und der Heilbehandlung wirklich Großes geleistet. . . Aber in der Hauptsache, daß wiederhole ich, haben nach meiner Ansicht die Berufsgenossenschaften das geleistet, was der Gesetzgeber von ihnen erwartet hatte.“

Herr Dr. Maufmann ist Leiter derjenigen Stelle, welche als die höchste und entscheidende in Unfallversicherungssachen gilt. Von ihm sollte man erwarten können, daß er die Verhältnisse auf diesem Gebiete kennt. Leider scheint dem nicht so zu sein, denn sonst wäre sein Urteil über die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes und die Leistungen der Berufsgenossenschaften nicht möglich. Auf Sachkenntnis und Feinsinnigkeit kann man das Gegenteil meinen, und die in diesem Punkte völlig übereinstimmenden Darstellungen der Arbeitersekretariate liefern eine Reihe von Beweisen dafür, daß die Dinge anders liegen als Herr Dr. Maufmann glauben machen will.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Endlich ist mancher auch für die Revierinspektionen der städtischen Gaswerke die neunstündige Arbeitszeit vom 29. November d. J. zur Einführung gelangt. Dazu hat es erst eines Magistratsbeschlusses bedurft. War doch schon die Mehrheit der Gaswerksdeputation dagegen. Wie verläutet, hat die Direction die Arbeitszeit folgendermaßen festgesetzt: Für die Monate September bis Mai von morgens 8 bis 7 Uhr abends, die Monate Juni bis August von morgens 7 bis 6 Uhr abends, die Monate von 8 1/2 und von 12 1/2 Uhr. Für die erst genannten Monate fällt die Arbeitspause, für die letzteren die Ruhepause fort. Die jetzigen Tagelöhne sollen für die neunstündige Arbeitszeit in Stundenlöhne umgerechnet werden. Sie betragen demnach:

Höhe Lohn bei 10stündiger Arbeitszeit	Bei 9stündiger Arbeitszeit		Die Wochenlöhne der beiden Revierinspektoren bleiben bestehen		
	Laubstd.	Staubstd.	Das Wochenlohn von	entspricht einem Tage Lohn von	ober einem Stundenlohn von
4,— RM.	45 Pf.	68 Pf.	28,— RM.	4,30 RM.	48 Pf.
4,20 "	47 "	71 "	29,50 "	4,50 "	50 "
4,30 "	48 "	72 "	31,50 "	4,80 "	54 "
4,50 "	50 "	75 "	32,50 "	5,— "	56 "
4,80 "	54 "	81 "	34,50 "	5,30 "	59 "
5,— "	56 "	84 "	36,— "	5,50 "	62 "
5,30 "	59 "	89 "	36,— "	5,80 "	65 "
5,50 "	62 "	93 "	39,— "	6,— "	67 "

In den Monaten September bis Mai ist des Sonntags abends auch ferner um 6 Uhr Arbeitsstillstand, während in den Monaten Juni bis August die Stunde Requiritura fortfällt, weil ohnehin um 6 Uhr Arbeitsstillstand ist. An den Tagen vor den hohen Festen und den sogenannten dritten Feiertagen wird bis 5 Uhr als voller Tag gleich 9 Stunden gerechnet. Die Wochenlohnwachen sind auch fernerhin bis 10 Uhr. Für die Sonntagswachen ist im Winter wie im Sommer um 1 Uhr nachmittags der Tag voll. Zu befragen ist, daß nach der Magistratsverfügung die Arbeiter und zu vermeiden sind! Wird doch hierin total schändlich. Einzelne Revierinspektoren kennen darin ganz Angeberliches. Sollte sich in der Zukunft nichts ändern, dann wird sich die Expropriation besonders einmal damit beschäftigen müssen. Wie hatten drin-

gend gewünscht, daß die erfolgte Arbeitszeitverlängerung anstatt des Morgens am Abend erfolgt wäre. Diese Forderung, die eigentlich durch die ganzen Verhältnisse begründet ist, wird erneut erhoben werden müssen.

Berlin. Die Arbeiter und Handwerker des Zentralmagazins der städtischen Gaswerke hielten am 21. November eine gutbesuchte Versammlung ab mit dem Thema: „Wo bleibt die neunstündige Arbeitszeit?“ Kollege Busacker kritisierte die Verfügung des Magistrats, wonach für den Außenbetrieb nur für das Abdrücken, öffentliche Beleuchtung und die Revierinspektion die neunstündige Arbeitszeit vom Dezember d. J. eingeführt wird, während das Zentralmagazin davon ausgeschlossen ist. Wenn der Magistrat von Berlin etwas anfänglich der Jahrbundestheiler der Städteordnung tun wollte, warum dann nicht für alle städtischen Arbeiter. Warum schließlich man selbst dann bei den Gaswerken, wo nimmere außer dem Innenbetrieb auch der größte Teil des Außenbetriebes die neunstündige Arbeitszeit hat, das noch übrig bleibende Zentralmagazin aus? Im weiteren führte der Referent aus, daß wenn im Magistrat eine Anklage über die zum Außenbetrieb gehörenden Betriebszweige herrschte, es nimmere de Declination und Depuration obliege, diesem von den Beschäftigten als Zurücksetzung empfundenen Mißstand ein Ende zu machen, und auch hier die neunstündige Arbeitszeit zu beschließen. In der Diskussion kam die Erregung seitens der Beschäftigten voran zum Ausdruck. Insbesondere Gründe, die gegen die Verlängerung sprechen, liegen nicht vor. Die Versammlung nahm daher eine im obigen Sinne gehaltene Resolution an und beauftragte das Bureau, diese den zuständigen Verwaltungsstellen zu übermitteln. Durch das Verhalten des Magistrats wurde den Kollegen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation besonders vor Augen geführt und verpflichteten sich die Versammelten, zur Ausbreitung und Stärkung derselben zu streben.

Rus unserer Bewegung.

Hamburg. Die Mitgliederversammlung am 18. November im Gewerkschaftshaus war sehr gut besucht. Aus den Verhandlungen ist folgendes hervorzuheben: Herr Lehrer Schulte hielt eine Ansprache, in welcher er die Schuld Literatur bekämpfte. Insbesondere wandte er sich gegen die übliche Gewohnheit, Kindern und jungen Leuten zu Weihnachten die billigen und bekannten bunten „Wunschzettel“ geben zu lassen. Diese verlogenen „Wünsche“ und arbeitslosen „Gemeinschaften“ verdecken den noch ungenügenden Charakter und das leicht empfindliche und erregbare Gemüt der Jugend; erwidern bei dieser gemeingefährlichen Ideen und Wohnverhältnissen, die nicht selten zu bösen Handlungen führen. Deshalb soll man sich hüten, der Jugend das Gift zu liefern; man soll vielmehr darauf warnen. Wer Bücher kaufen will, erkundige sich vorher nach Inhalt und Tendenz. Um sicher zu gehen, daß man nicht von den nur auf Profit bedachten privaten Buchhändlern mit der Schuldware hineingekauft wird, beachte man die Bekanntmachungen der Hamburger Lehrerschaft, Auskunft zur Prüfung von Jugendbüchern, ferner die Weihnachtsausstellung des Vereins für Schriftpflege im Gewerkschaftshaus, und schließlich die Buchhandlung des „Hamburger Echo“ (Auer u. Co.). Unsere Mitglieder werden diese Mahnungen lieber beherzigen und andere darauf hinweisen. Sodann beauftragte die Versammlung sich mit den in gemeinsamer Behandlung der Delegierten zum Gewerkschaftsrat und der Gewerkschaftsverbände gestellten Forderungen, die dem national amnestischen Gewerkschaften zu verpflichten, alle in grundsätzlich gleichem Maße und in größerem Umfang wie bisher stoptischen zum Bau und zur Unterhaltung des Gewerkschaftshauses heranzuziehen. Zum Parvonds sollen die Gewerkschaften einmal pro Mitglied 2 RM. zahlen, einschließlich der schon aufgeführten Beiträge, und zum Unterhaltungsfonds vorläufig pro Jahr und Mitglied 20 Pf. Dazu erklärte Schönberg, der Vorstand empfiehe, den Reichstagen beizutreten. Es sei auch nicht nötig, deswegen höhere oder Ertragsbeiträge zu erheben; auf absehbare Zeit und wenn nicht unvorhergesehene außerordentliche Ausgaben erforderlich, könne man mit den gegenwärtigen Einnahmen alles bestreiten. In der Besprechung wurden die Anträge von mehreren Rednern scharf bekämpft. Gegen die Bewaltung des Gewerkschaftshauses wurden eine Reihe Einwände erhoben. Im wesentlichen wurde behauptet, das Gewerkschaftshaus werde nicht zweckmäßig und rationell bewirtschaftet. Dabei die ideelle Gewerkschaftsbahn. Bei dem Stand der Wissenschaft im Gewerkschaftshaus und dem in allgemeinen guten Reich in letzterem müsse das Interesse sich selbst erhalten können. Nachzügliche, dauernde Aufwände könnten nicht gegeben werden. Andererseits waren entgegengehaltener Meinung. Sie betonten, man könne mit der Bewaltung des Gewerkschaftshauses im großen und ganzen zufrieden sein. Es werden gut Essen und Getränke zu verhältnismäßig niedrigen Preisen verabfolgt, das Personal anständig und besser entlohnt als in gleichartigen bürgerlichen Lokalen, und schließlich wurde in Besprechungen viel weniger als anderwärts zum Trinken genötigt. Diese Punkte müsse auf jeden Fall bleiben. Deshalb müßten die Gewerkschaften die geforderten Zuwendungen auf sich nehmen.

Nachdem so die Diskussion längere Zeit fortgesponnen, wurden schließlich in der Abstimmung die Anträge angenommen. Darauf wurde von Weffel die Abrechnung vom dritten Quartal dieses Jahres vorgelegt. Es wurde in dem Vierteljahre gezahlt: an Erwerbslosenunterstützung 1662,75 Mk., Unterstützung in sonstigen Notfällen 400 Mk. Am 30. September hatte die Filiale ein Vermögen von 2823,20 Mk. Die Zahl der Mitglieder betrug 4465, gegen das vorausgegangene Quartal 39 mehr. Demnach ist der Stand der Bewegung andauernd gut. Zum Schlusse wurde alleseitig aufgefodert zu williger, fleißiger Mitarbeit. — Die Staatsanarbeiter hatten am 26. November ihre Versammlung im Gewerkschaftshaus. Verhandelt wurde über die Stellungnahme des Arbeiterausschusses zu dem Antrage auf Verkürzung der Arbeitszeit. Der Arbeiterausschuß, zu dem aus unorganisierten, in allen Arbeiterangelegenheiten indifferenten Leuten bestehend, hält es „nicht für an der Zeit“, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu beantragen. Und diese Ansicht, trotzdem am Staatslohi ein großer Mangel an Arbeitsgelegenheit vorhanden, viele Arbeiter ohne Beschäftigung sind. Die organisierten Staatsanarbeiter wollen jedoch die Frage weiter verfolgen. Desgleichen die Lohnfortzahlung der Feiertage, die auf Westtage fallen. Sektionsleitung und Filialvorstand sollen an der Aufgabe arbeiten. Ueber die Dinge wurde längere Zeit diskutiert. Dann wurden noch eine Anzahl interner Angelegenheiten besprochen. Ferner gab die Sektionsleitung bekannt, daß das Wintervermögen am 27. Februar 1909 im Rothenburgerortet Wohl stattfindet. Die im Monat Dezember dieses Jahres fällige Sektionsversammlung soll nicht stattfinden. Mit dem Mahnwort, alle Mitglieder möchten die Organisationsarbeit gern und kräftig fördern, wurde die Versammlung geschlossen.

Köln. Einen schönen Erfolg hatten wir mit unserem ersten Vortragskursus. Derselbe umfaßte sechs Vorträge unseres Gewerkschafters O. Schäfer über: „Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.“ Alle Teilnehmer hielten bis zum letzten Vortrage aus. Sie erhielten am letzten Abend das vor treffliche Werk „Arbeitsrecht“ sowie ein Verzeichnis über die gewerkschaftliche Literatur. Dasselbe war von der Generalkommission unentgeltlich bezogen worden. Der zweite Kursus beginnt voraussichtlich Sonnabend, den 12. Dezember.

Vöbn. Im Sommer des Jahres 1906 schon nahmen die Gasarbeiter einen Anlauf, sich zu organisieren. In ganz kurzer Zeit war auch eine der hiesigen Verhältnisse entsprechend ansehnliche Zahl von Mitgliedern zu verzeichnen. Leider fehlte der Bewegung die Ausdauer, es war nur ein Strohhalm. Zwei Kollegen jedoch ließen sich nicht irre machen, sie hielten fest zur Organisation und unterließen nicht, immer wieder zu versuchen, die übrigen Kollegen zu gewinnen, aber alle Versuche waren resultatlos. Fast schien es so, als ob in Vöbn überhaupt kein Boden für die Organisation sei. Doch die Entwicklung läßt sich nicht aufhalten und in jeden noch so schwachen Winkel dringt die Aufklärung mit unfehlbarer Sicherheit. So auch in unserem Fall. Die letzte von uns in Vöbn veranstaltete Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs und brachte der Filiale mehrere neue Mitglieder. Der Mann scheint jetzt gediehen. In längeren Ausführungen schilderte Kollege Frechler Treiben die Verhältnisse, unter denen die Gasarbeiter zu leiden haben. Eine Besserung könne nur eintreten, wenn sich die Gasarbeiter, die städtischen Arbeiter überhaupt, zur Selbsthilfe mittels der Organisation aufraffen. Die Entwicklung und die Erfolge der Organisation sind der beste Beweis für ihre Notwendigkeit. Seine Ausführungen fanden alleseitige Zustimmung. Und so darf wohl erwartet werden, daß die Kollegen fest zur Organisation halten. In ihrem ureigensten Interesse ist das dringend notwendig.

Mühlhausen. Nachdem unsere Filiale seit mehr denn 5 Jahren hier am Orte schon manchen Kampf erfochten und viele Verbesserungen der Lohn und Arbeitsverhältnisse durchgesetzt hat, fühlen sich unsere „Potentatanten“ auch veranlaßt, Filialen der städtischen Arbeiter zu gründen. So rief z. B. der bei sämtlichen städtischen Arbeitern wohlbekannte Stadtrat und christliche Gewerkschaftsführer A. Fischer am Sonntag, den 21. November dieses Jahres, eine Versammlung im Lokale Jule ein, und zwar nach christlichem Ritus. Es erhielten durch Ermittlung ihrer Adressen durch den christlichen Agitator verschiedene von unseren Kollegen Einladungen, dieser Sitzung beizuwohnen. Selbstverständlich sollten die Anwesenden nicht sozialdemokratisch gesinnte Stadtarbeiter sein. Als nun um 8 Uhr das Lokal, das zula 20 Personen annehmen, von uns freigeorganisierten besetzt war, machte der „christliche“ Agitator Veltinger, der selbst städtischer Arbeiter ist und momentan die christliche Arbeiterfreundlichkeit im Gemeinderat durch die Vorkreduzierung am eigenen Leibe verspürt, den Embreuser auf uns aufmerksam. Obwohl nun die Einladung auch für Gasse lautete, wurden wir aufgefodert, das Lokal zu verlassen. Das zeigt schon die Schwachheit unserer Gegner die am liebsten im Trüben fischen möchten. Als später die Sitzung eröffnet wurde, waren mit dem Embreuser ganze 16 Personen anwesend, davon doch noch 6 von unseren Kollegen, die wohl irrtümlich Einladungen erhalten hatten. Sie beteiligten sich auch reger an der Diskussion, besonders unser Kollege Fran. Interessant dabei war das Geständnis des Fischer, daß er dem

letzteren bezweigen keine Einladungen zuzuschicken, weil er „keine redege wandten Stadtarbeiter“ in der Versprechung haben wollte! Das ist bezeichnend genug! (Wir möchten unseren Mühlhäusern Kollegen empfehlen, in Zukunft solche famosen Versprechungen ganz zu meiden! Wenn die Gegner nicht den Mut haben, uns offiziell zuzulassen, brauchen wir ihnen die Versammlungen nicht interessant zu machen. D. R.)

Offenbach a. M. Am Montag, den 23. November, beehrte sich eine Betriebsversammlung der Manalarbeiter mit der Frage, ob dieselben während des Aussehens des Manalbaues als Arbeitslose oder als vollberechtigte städtische Arbeiter weiterbeschäftigt werden sollen. Wie sich die Leser der „Gew.“ noch erinnern werden (s. Nr. 31 d. „Gew.“), wurde Anfang Juni allen Manalarbeitern zum September gekündigt, um die Manalbauanten wieder an die Unternehmer zu vergeben. Die städtischen Arbeiter protestierten gegen dieses Vorgehen der Stadtverwaltung in einer öffentlichen Versammlung am 3. Juli und gaben ihren Willen durch eine diesbezügliche Resolution kund. Dieser Protest scheint doch gehoben zu haben, denn die Sachlage änderte sich insofern, daß den Manalarbeitern Anfang September ein Revers — angeblich auf Beschluß des Bauausschusses — vorgelegt wurde, in dem gesagt ist, daß die Arbeit am Manalbau in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1909 eingestellt wird. Während dieser Zeit sollen sich die Leute anderweitig Arbeit suchen oder bei den Arbeitslosen mit den dort üblichen Löhnen beschäftigt werden. Um die Arbeiter zum Unterscheiden geneigt zu machen, wurde ein eigentümliches Verfahren angewandt. — Der betreffende Vorgesetzte, welcher den Mias vorlas, sagte nämlich, die Arbeiter brauchen nur zu unterschreiben, daß er es ihnen befehligen habe. — Daß durch das Bekanntwerden dieses Vorhabens die Manalarbeiter in steter Unruhe sich befinden, ist wohl begreiflich. Genau betrachtet, ist die ganze Geschichte nichts weiter als ein Versuch, auf diesem krummen Wege das zu erreichen, was man auf direktem Wege nicht mehr tun wollte, um nicht als brutal bezeichnet zu werden, nämlich die Manalarbeiter abzuschütteln. Im besonderen stand ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Oktober dem Inhalt des Reverses gegenüber, wonach sie vorläufig 1000 Mk. zur Beschäftigung der Manalarbeiter in den Monaten Januar bis März bewilligt hatte. Nach eingezogenen Erkundigungen soll auch bei dem Zustandekommen dieses Beschlusses in der Stadtverordnetenversammlung darüber Einmütigkeit geherrscht haben, daß den Manalarbeitern keinerlei Vereinträchtigungen in bezug auf ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugemutet werden sollen. Es dürfte demnach überhaupt interessant sein zu erfahren, auf wessen Veranlassung dieser Revers den Arbeitern vorgelegt wurde. — Die Kollegen brachten daher auch dieser Versammlung großes Interesse entgegen, indem sie um 4 Uhr Feierabend machten und vom ersten bis zum letzten Mann in derselben erschienen. Kollege Maxole Frankfurt beleuchtete eingangs in einem kurzen Referat die Situation, und kam zu dem Schluß, daß sich die Manalarbeiter auf keinen Fall als Arbeitslose behandeln lassen dürfen, weil das keine Folgen der wirtschaftlichen Verhältnisse sind, sondern eine absichtlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit ist. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen alle Redner im Sinne des Referats. Eine Protestresolution, welche die bestimmte Erwartung ausdrückt, daß der gekündigte Revers rückgängig gemacht wird, und die Arbeiter des Manalbaues aus den bisherigen Löhnen und Bedingungen auch während des Aussehens der Manalbauarbeiten weiterbeschäftigt werden sollen, wurde einstimmig angenommen. — Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, die Resolution der Bürgermeisterei und dem Stadtverordnetenkollegium zu übermitteln. Nachdem noch Kollege Maxole in seinem Schlußwort in eindringlicher Weise die Kollegen ermahnte, aus all diesen Vorhängen die richtige Lehre zu ziehen, und die unbedingte Notwendigkeit der Betätigung der städtischen Arbeiter auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung nachwies, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung. Mehrere Kollegen traten dem Verbands bei.

Stettin. Der hiesige Magistrat sorgt nicht etwa dafür, daß die große Arbeitslosigkeit am Orte geringer wird, sondern im Gegenteil, er ist bestrebt, diesem großen Heere noch weitere Arbeitslose zuzuführen. Das schadet es, wenn dadurch die Not und das Elend hundert armer Familien noch vermehrt wird! Die Herren da oben, die haben ja alles, was ihr Herz begehrt; die Armen aber, na, die können ja sehen, wie sie sich durchs Leben schlagen. Denn wie wäre es zu begreifen, daß man zur jetzigen höchst ungünstigen Zeit selbst städtischen Arbeitern weniger Arbeit gewährt. Sind doch vor einiger Zeit 12 Hilfsarbeiter vom Stettiner Friedhof angewiesen worden, nur noch drei Tage in der Woche zu arbeiten. Sogar fünf ständige Arbeiter vom Vredower Friedhof werden nur noch pro Woche 3 Tage lang beschäftigt. Bedenkt man, daß wir uns schon im Winter befinden und anderweitige Beschäftigung zu erhalten so gut wie ausgeschlossen gilt, so muß das als eine ganz besondere Härte bezeichnet werden. Wo sollen denn diese Arbeiter den Verdienst zu ihrem Unterhalt für die übrigen 3 Tage der Beschäftigungslosigkeit hernehmen? Sollen sie überlebt stellen geben? — Verteuerung aller Unterhaltungsmittel, größeres Anziehen der Steuerdräube und obendrein noch weniger Arbeit und vermindertes Einkommen. Das ist das Los

